

**STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN**

Wirtschaftskalender

1. Vierteljahr 1968



Bestellnummer : 100500 - 680301

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ



I n h a l t

	Seite
1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 1. Vierteljahr 1968	3
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung	9
3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage	9

Erschienen im Juli 1968

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM -,50

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse
im 1. Vierteljahr 1968

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
1	1. Juli	Berichtigung zum 3. Vierteljahr 1967: Gehälter im Privaten Versicherungsgewerbe im Bundesgebiet um 2,8 % erhöht	Gehälter
2	1. Dezemb.	Nachtrag für den Monat Dezember 1967: Lohnerhöhungen in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie in Nord- und Südhessen um 3,5 %, in Südwürttemberg und Hohenzollern um 5,9 %	Löhne
3	1. Januar	J A N U A R Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Eisen- und Metallindustrie im Rheinland, Rheinhessen und in der Pfalz Löhne um 3,5 % im Großhandel, Ein- und Ausfuhrhandel in Schleswig-Holstein und Hessen sowie in den Tarifgebieten Düsseldorf-Niederrhein, Westfalen-Mitte, Münster und Mönchen-Gladbach Löhne um 3,0 bis 3,3 % im Malerhandwerk in Schleswig-Holstein, Hamburg, Hessen, Rheinhessen, Baden-Württemberg (ohne Südbaden) und Bayern Löhne um 2,6 bis 3,5 % im Groß- und Außenhandel in Düsseldorf-Niederrhein, Westfalen-Mitte, im Ruhrgebiet, Münster und Hessen Löhne um 3,0 bis 3,5 % im Einzelhandel in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen Gehälter um 2,7 bis 3,3 % in der Metallindustrie in Nordwürttemberg und Nordbaden Löhne um 1 % in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Saarland Löhne um 3,3 % im Tischlerhandwerk in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen Löhne um 1,4 bzw. 2,3 % Grundvergütungen der Angestellten und Ecklöhne der Arbeiter bei Bund (Bundesbahn und Bundespost), Ländern und Gemeinden um 3,5 %	Löhne und Gehälter
4		Arbeitszeitverkürzungen für Arbeiter und Angestellte im Steinkohlenbergbau des Rheinisch-Westfälischen Reviers von bisher 40,33 auf 40,03 Wochenstunden	Arbeitszeit

Tfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
noch 4	noch 1. Januar	<p>im Saarland für Angestellte von bisher 45,70 auf 45,55, für Übertagearbeiter von bisher 40,78 auf 40,63, für Untertagearbeiter von bisher 42,04 auf 41,89 Wochenstunden</p> <p>für einzelne Gruppen innerhalb der Industrie der Steine und Erden für Arbeiter in den Bereichen Niedersachsen, Nordrhein, Pfalz und Baden-Württemberg, für Angestellte in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg von bisher 43 auf 42 Wochenstunden</p>	
5		<p>Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) vom 29. Mai 1967.</p> <p>Durch dieses Gesetz wird die bisher in jeder Wirtschaftstufe erhobene Umsatzsteuer durch eine Besteuerung der Käufe von Letztverbrauchern ersetzt. Ziel der Einführung der Mehrwertsteuer ist es, den Verbrauch im Inland steuerlich gleichmäßig zu belasten und damit eine Wettbewerbsneutralität zu erreichen.</p> <p>Bemessungsgrundlage ist das Nettoentgelt ohne Umsatzsteuer. Die Steuer ist bei den Unternehmen nicht mehr Bestandteil des Preises. Sie bleibt durchlaufender Posten; besteuert wird nur der Wertzuwachs (Mehrwert). Durchläuft ein Wirtschaftsgut mehrere Stufen, so kann der Unternehmer die von seinem Lieferanten in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer abziehen (Vorsteuerabzug). Beim Übergang der Ware an den Verbraucher wird die Steuer Bestandteil des Preises.</p> <p>Der Normalsteuersatz beträgt in der Regel 10 %.</p> <p>Unternehmer, deren Gesamtumsatz im vorangegangenen Kalenderjahr 60 000 DM nicht überstiegen hat, werden auch in Zukunft nach dem bisherigen Umsatzsteuersystem besteuert (Besteuerung nach der Mehrwertsteuer nur auf Antrag).</p> <p>Einführung einer Investitionssteuer (Selbstverbrauchsteuer) für abnutzbare Wirtschaftsgüter, die dem Anlagevermögen zugeführt werden. Diese Investitionssteuer macht den einem Unternehmer zustehenden Vorsteuerabzug zum Teil wieder rückgängig. Die Besteuerung des Selbstverbrauchs bei Investitionsgütern wird stufenweise (1968 = 8 % - 1972 = 2 %) abgebaut. Ab 1973 wird keine Investitionssteuer mehr erhoben, wodurch das uneingeschränkte Nettoprinzip der Mehrwertsteuer auch auf dem Investitionssektor erreicht wird.</p> <p>Entlastung der am Jahresende vorhandenen Vorräte von der alten Umsatzsteuer, um Doppelbesteuerung und damit Preiserhöhungen mit Einführung der Mehrwertsteuer zu verhindern</p>	<p>Preise Umsätze</p> <p>Staatseinnahmen Steuern</p>

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
6	noch 1. Januar	<p>Inkrafttreten des Gesetzes zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, II. Teil - Finanzänderungsgesetz 1967 - vom 21. Dezember 1967.</p> <p>Dieses Gesetz bringt Einschränkungen der Bundesausgaben besonders im sozialen Bereich. Die wichtigsten Maßnahmen sind:</p> <p>Beseitigung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung. Alle Angestellten werden unabhängig von der Höhe ihres Einkommens versicherungspflichtig.</p> <p>Pflichtversicherung aller Rentner in der Krankenversicherung mit 2 % ihrer Rentenbezüge.</p> <p>Kürzung der Bundeszuschüsse an die Rentenversicherungen und stufenweise Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung (erstmalig am 1. Januar 1968 von 14 auf 15 % der Bruttolöhne und Gehälter).</p> <p>Erhöhung der Rezeptgebühren auf 1,00 DM je Verordnung für Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung sowie verbesserte Mutterschaftshilfe</p>	Staatsfinanzen Rentenversicherung Einkommen
7		<p>Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Schlußtermins für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über weitere Maßnahmen auf dem Gebiete des Mietpreisrechts vom 21. Dezember 1967.</p> <p>Beendigung der Wohnraumbewirtschaftung in 24 der noch 32 zwangsbewirtschafteten Stadt- und Landkreise zum 31. Dezember 1967.</p> <p>Für die Kreise Bonn Stadt und Land, Freiburg, Göttingen, Hamburg, München Stadt und Land Verschiebung des Schlußtermins für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft auf den 31. 12. 1968 und Erhöhung der Mieten für Altbauwohnungen um 10 v.H. der Grundmieten vom 1. Januar 1968 an. (Für Berlin ist der Schlußtermin bereits auf den 31. Dezember 1969 festgelegt)</p>	Mieten Wohngeld Einkommen
8		<p>Inkrafttreten des Gesetzes über die ertragsteuerlichen und vermögensteuerlichen Auswirkungen des Umsatzsteuergesetzes vom 29. Mai 1967 und zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Drittes Steueränderungsgesetz 1967).</p> <p>Regelung der durch Einführung der Mehrwertsteuer notwendig gewordenen Änderungen der ertrag- und vermögensteuerlichen Bestimmungen.</p>	Steuern

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
noch 8	noch 1. Januar	<p>Die wichtigsten Änderungen:</p> <p>Während die verrechenbare Vorsteuer nicht zu den Anschaffungskosten eines Wirtschaftsgutes gehört, ist die Umsatzsteuer für den Selbstverbrauch Teil dieser Kosten.</p> <p>Der für die Altvorräte gewährte Umsatzsteuerentlastungsanspruch bei der Bewertung des Teilwerts der Altvorräte ist (werterhöhend) zu berücksichtigen</p>	
9		<p>Inkrafttreten des Zehnten Gesetzes über die Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung (Zehntes Rentenanpassungsgesetz - 10. RAG) vom 22. Dezember 1967.</p> <p>Erhöhung der seit 1966 oder früher laufenden Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen um 8,1 %, der Renten für die 1965 oder früher eingetretenen Unfälle aus der gesetzlichen Unfallversicherung um 7,2 %</p>	Rentenversicherungen
10		<p>Erhöhung der Beiträge bei einer der größten Ersatzkassen (2,7 Mill. Mitglieder) in der Bundesrepublik für pflichtversicherte Mitglieder von 8,2 auf 8,5 % des beitragspflichtigen Arbeitseinkommens, für freiwillig versicherte Mitglieder monatlich um 3,00 DM</p>	Krankenversicherung
11	4. Januar	<p>Zuteilung von Kassenobligationen des Bundes durch die Deutsche Bundesbank im Wege der Ausschreibung in Höhe von 300 Mill. DM, Zinssatz 5 %.</p> <p>Davon</p> <p>90 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 99 $\frac{5}{8}$ % (Verkaufskurs 99 $\frac{7}{8}$ %), Laufzeit 3 Jahre;</p> <p>120 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 98 $\frac{5}{8}$ % (Verkaufskurs 98 $\frac{3}{4}$ %), Laufzeit 3 $\frac{1}{2}$ Jahre;</p> <p>90 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 97 $\frac{1}{2}$ % (Verkaufskurs 97 $\frac{3}{4}$ %), Laufzeit 4 Jahre.</p> <p>Emissionen zu 88, 69 bzw. 99 % untergebracht</p>	Geldmarkt
12	22. Januar	<p>Zuteilung von Kassenobligationen des Bundes durch die Deutsche Bundesbank im Wege der Ausschreibung in Höhe von 300 Mill. DM, Zinssatz 5 %.</p>	Geldmarkt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
noch 12	noch 22. Januar	Davon 150 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 99 7/8 %, Laufzeit 3 Jahre; 70 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 98 3/4 %, Laufzeit 3 1/2 Jahre; 80 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 97 3/4 %, Laufzeit 4 Jahre. Dreijährige Emission zu 64 %, dreieinhalb- und vierjährige zu 97 % untergebracht	
13	29. Januar	Beginn des Winterschlußverkaufs (Ende 10. Februar)	Handel
14	31. Januar	Nauru, 21 qkm große Pazifikinsel, unabhängig geworden	Außenhandel
15	1. Februar	F E B R U A R Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Chemischen Industrie im Tarifgebiet Nordrhein Gehälter um 5,2 % im Graphischen Gewerbe im Bundesgebiet Löhne um 3,5 %, Gehälter in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern um 3,5 % in der Metallindustrie in Bayern für Arbeiterinnen Löhne um 1,3 % in der Holzverarbeitenden Industrie in Schleswig-Holstein und Westfalen-Lippe Löhne um 1,5 bzw. 1,4 %, im Tischlerhandwerk in Niedersachsen Löhne um 2,3 %	Löhne und Gehälter
16	15. Februar	Deutsche Bundesbank gibt Schatzwechsel der Bundesrepublik Deutschland (Mobilisierungspapiere) mit einer Laufzeit von 30 bis 45 Tagen zum Satz von 2 % ab. Äußerste Fälligkeit Ende März 1968	Kreditmarkt
17	29. Februar	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn in Höhe von 220 Mill. DM. Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 98 1/2 %, Laufzeit 10 Jahre. Anleihe voll untergebracht	Kapitalmarkt
18	Februar	Regional unterschiedliche Benzinpreissenkungen der meisten Mineralölgesellschaften bis zu 3,2 Pf je Liter	Preise

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
19	1. März	<p style="text-align: center;">M Ä R Z</p> Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Industrie in Baden-Württemberg Gehälter um 3,5 % im Einzelhandel in Hessen Gehälter um 3,0 % in der Holzverarbeitenden Industrie in Nieder- sachsen Löhne um 1,2 %	Löhne und Gehälter
20	12. März	Mauritius, Insel im Indischen Ozean, bisher britische Kronkolonie, unabhängig geworden	Außenhandel
21	14. März	Der amerikanische Senat billigt das Gesetz über die Aufhebung der 25 %igen Golddeckung des ameri- kanischen Notenumlaufs	Gold- und Geldmarkt Devisenmarkt

2. Klimadaten und vorherrschende Witterung

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in °C vom langjährigen Mittel	Niederschlags- menge	Sonnenschein- dauer	Vorherrschende Witterung
		in % der langjährigen Durchschnitte		
Dezember 1967	0,0 bis -0,9 ¹⁾	130 bis 150 ²⁾	60 bis 120	Größtenteils sehr kalt und niederschlagsreich. Sonnenscheindauer über- wiegend unter dem Nor- malwert
Januar	-0,5 bis +0,2	110 bis 180 ³⁾	70 bis 110	Überwiegend zu kalt und - im Süden z.T. erheb- lich - zu naß. Sonnenscheindauer ver- breitet unter den Bezugs- werten, im Nordosten und Südwesten gebietsweise darüber
Februar	-0,1 bis +0,5 ⁴⁾	90 bis 150 ⁵⁾	70 bis 110	Im Nordwesten etwas zu kalt, nach Süden zuneh- mend zu warm. Im Norden erheblich zu trocken, im übrigen Bundesgebiet größtenteils zu naß. Son- nenscheindauer verbreitet unter den Normalwerten
März	+0,1 bis +1,0 ⁶⁾	70 bis 120	80 bis 110	Im ganzen Bundesgebiet (nach Norden zunehmend) zu warm. Im Norden und Mittelgebirgsraum über- wiegend zu naß, sonst zu trocken. Sonnenschein- dauer nur im Süden und Südosten teilweise über den Durchschnittswerten

- 1) Norden +0,2 bis -0,1°C. - 2) Süden 80 bis 110 %. - 3) Süden 140 bis 200 %. -
4) Süden und Südwesten +0,5 bis +1,8°C. - 5) Norden 30 bis 80 %. - 6) Norden
+1,2 bis +2,0°C.

Quelle: Deutscher Wetterdienst, Zentralamt, Offenbach a. Main

3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage

Monat	Kalendertage	Werktage		Sonn- und Feiertage ¹⁾
		insgesamt ¹⁾	darunter Sonnabende	
Januar	31	26 (25)	4	5 (6)
Februar	29	25	4	4
März	31	26	5	5
1. Vierteljahr	91	77 (76)	13	14 (15)

- 1) Eingeklammerte Zahlen für Baden-Württemberg und Bayern, wo der 6. Januar
(Hl.drei Könige) gesetzlicher Feiertag ist.